

Das Programm der Reise war abgestellt auf die großen Gottesdienste und auf Besuche an Orten wie Auschwitz, Niepokalanow (Maximilian Kolbe) und Trebnitz (hl. Hedwig). An diesen Orten wird das besondere Verhältnis des deutschen und polnischen Volkes deutlich. Für ein offizielles Gespräch auf der Ebene der Bischofskonferenz waren nur wenige Stunden vorgesehen. In kurzen Berichten wurde von Vertretern beider Seiten *die Situation der Jugend und von Ehe und Familie* dargelegt. Es zeigte sich, daß trotz der sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Systeme hier die Probleme ähnlich gelagert sind. Der Primas hatte schon vor Jahren erklärt, nicht der Kommunismus sei der eigentliche Feind der Kirche, sondern der Säkularismus. Das Bild der polnischen Kirche nach außen täuscht darüber hinweg, daß das innere Gefüge nicht so kräftig ist, wie dies oberflächlich erscheint. Nimmt man den äußeren Druck von der polnischen Kirche und den dadurch entstehenden Solidarisierungseffekt mit dem Episkopat weg, dann dürfte sich ein wesentlich verändertes Bild der polnischen Kirche ergeben. Dies scheinen die Bischöfe deutlich zu sehen. Sie sehen aber auch nicht zuletzt in den äußeren Umständen (wirtschaftliche Lage, Wohnungsnot) eine schwere Belastung für den Bestand der Familien.

Im theologisch-kirchlichen Bereich gibt es zwischen den beiden Episkopaten offenbar eine große Übereinstimmung. Fühlten sich die Polen früher immer stark zur französischen Kultur hingezogen, so kann man gegenwärtig im Hinblick auf die Bischöfe von einem sehr engen Band zwischen Polen und Deutschland sprechen. Den polnischen Bischöfen ist schon deshalb an dieser engen Bindung gelegen, weil sie nicht ganz frei sind von der Befürchtung, vom Westen als eine „nicht europäische“ Nation angesehen zu werden. Nirgends wird das *Thema Europa* häufiger angesprochen als von polnischen Bischöfen. Aber auch in der Bevölkerung scheint für diese Frage eine große Sensibilität zu herrschen. Aufmerksam folgten die Gottesdienstbesucher in der überfüllten Marienkirche am Alten Markt in Krakau der Predigt von Kardinal *Ratzinger*, obwohl der Umfang von sechs Schreibmaschinenseiten und zusätzliche Übersetzung die Geduld deutscher Kirchenbesucher mehr als strapaziert hätten.

Der Besuch der Delegation der Deutschen Bischofskonferenz in Polen hat keine unmittelbar greifbaren Ergebnisse gebracht, aber er war atmosphärisch ein großer Schritt nach vorn. Die protokollarischen Fragen sind jetzt mit Besuch und Gegenbesuch erledigt; der Umgang dürfte damit normaler werden. N.R.

achtete Erklärung zu Fragen der Umwelt und Energieversorgung (vgl. den Wortlaut in ds. Heft, S. 566). Erscheint angesichts der in der Einleitung der Erklärung eindringlich beschworenen neuen Grenzsituation der Menschheit eine offizielle kirchliche Stellungnahme zu diesem Fragenkomplex als eher *überfällig*, so kommt das bischöfliche Wort andererseits doch auch *überraschend*. Die Umwelt- und Energiediskussion der letzten Jahre in der Bundesrepublik hatte ihren kirchlich-theologischen Niederschlag schließlich weit stärker im evangelischen als im katholischen Bereich gefunden. Das gilt sowohl im Blick auf neuere Ansätze einer an der ökologischen Herausforderung orientierten Theologie der Natur wie auch institutionell: fast alle EKD-Gliedkirchen verfügen über spezielle Umweltbeauftragte; evangelische Akademien haben sich des Themas angenommen. Augenfällig wurde das Engagement zwar nicht so sehr der Kirchenleitungen als einzelner aktiver Gruppen im deutschen Protestantismus bei den Auseinandersetzungen um die Errichtung von Kernkraftwerken.

Die auf allen Ebenen demgegenüber *größere Zurückhaltung im deutschen Katholizismus* hat verschiedene Ursachen. Zur mangelnden Sensibilität für sich neu entwickelnde geistige Strömungen und gesellschaftliche Trends wie die ökologische Bewegung kommen Vorsicht gegenüber den konkreten Ausdrucksformen ökologisch motivierten Protests und verständliche Scheu vor problematischen Glaubenskriegen und innerkirchlichen Polarisierungen im Blick auf die Umwelt- und Energiediskussion. Schließlich darf neben solchen Faktoren auch nicht vergessen werden, daß es in der katholischen Theologie lange genug gedauert hatte, bis die neuzeitliche technisch-wissenschaftliche Modernisierung in ihrer umfassenden Dynamik positiv beurteilt und das menschliche Schaffen entsprechend aufgewertet worden war.

Dem Auftrag der Kirchen wird allerdings gerade hinsichtlich der Zukunftsfrage Umwelt weder durch hektisches Eingehen auf modische Parolen und kurzatmige Aktionen noch durch

Umwelt: Thema für die Kirche?

Als Kardinal Döpfner in einer Grundsatzerklärung zu Beginn der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz im Jahr 1974 mit dem Thema „Die Zukunft der Menschheit und die Bedingungen für ein menschenwürdiges Leben“ (vgl. HK, November 1974, S. 571 ff.) unter Hinweis auf den zwei Jahre zuvor erschienenen Bericht des „Club of Rome“ dem Vorwurf entgegentrat, das Christentum habe die Umweltkrise nicht hinreichend wahrgenommen, ja es trage mit seiner Schöpfungstheologie sogar Mitschuld an der hemmungslosen Ausbeutung der Erde, mußte er gleichzeitig *beträchtliche kirchliche*

Defizite in diesem Bereich konstatieren: „Leider ist nicht zu leugnen, daß katholische Wissenschaftler und Politiker sich der genannten Probleme kaum annehmen. Außer in Ansätzen schweigen sich die Theologen zu dieser Frage aus.“ Die Kirche müsse sich – so der Kardinal damals – der Mühe unterziehen, die eigene Position zu überdenken und neu zu formulieren. Sechs Jahre später liegt nun von seiten der Bischöfe die damals vermißte Positionsbestimmung vor: Sekundiert von einem Referat von Kardinal Höffner über „Mensch und Natur im technischen Zeitalter“ verabschiedete die Bischofskonferenz eine weithin be-

vorsichtiges Sich-Heraushalten wirklich entsprochen. Vielmehr ist nach ihrem *spezifischen Beitrag* gefragt. Das Potential, das Kirche und Theologie hier einzubringen haben, ist keineswegs unbeträchtlich, auch wenn sie es längst nicht mehr exklusiv verwalten: In grundlegenden Topoi christlicher Theologie und Spiritualität steckt Distanz gegenüber einlinigen Fortschrittsentwürfen, einseitigem Konsumdenken oder übertriebenen Emanzipationsvorstellungen. Spezieller auf die Umweltproblematik bezogen wäre hier vor allem die inzwischen wieder zur *sententia communis* gewordene Auslegung christlichen Schöpfungsglaubens zu nennen, nach der der alttestamentliche Herrschaftsauftrag den Menschen gerade nicht aus seiner Kreatürlichkeit und Bezogenheit auf die Gesamtschöpfung entläßt.

Der *gesellschaftliche Kontext* für eine klärende kirchliche Stellungnahme zum Umweltproblem ist gegenwärtig nicht ungünstig. Einerseits ist der erste Umwelt- und Zukunftsschock weithin wieder abgeklungen, befindet sich die ökologische Bewegung als eigenständige politisch-parlamentarische Kraft eher auf dem Rückzug. Andererseits kommt aber der kirchliche Appell an eine Veränderung des Lebensstils und zu neuen Formen der Askese dem weitverbreiteten Grundgefühl durchaus entgegen, daß sich im Verhältnis des Menschen zur Welt und in den Strukturen von Wirtschaft und Gesellschaft in absehbarer Zeit vieles grundlegend ändern müsse. Daraus ergeben sich allerdings nicht nur Chancen, sondern auch Risiken für kirchliche Stellungnahmen.

Einer naheliegenden Gefahr ist die Erklärung der Bischofskonferenz jedenfalls nicht erlegen: Die Bischöfe haben sich sorgfältig darum bemüht, ihre *spezifische Kompetenz* nicht zu überschreiten, sondern vielmehr an mehreren Stellen mit aller Deutlichkeit auf die Grenzen ihres Beitrags hingewiesen und Politiker wie Wissenschaftler an ihre Verantwortung erinnert. Die Erklärung wendet sich deshalb nach einer die Reichweite des Problems verdeutlichenden Exposition konsequenterweise den beiden Schwer-

punkten zu, die für eine spezifische christliche Antwort auf die Zuspitzung der „Schöpfungskrise“ wohl unverzichtbar sind: Der Erinnerung an Grundaussagen christlicher Schöpfungstheologie sowie Anstößen für eine veränderte Spiritualität des christlichen Verhaltens zur Welt.

Während das Referat von Kardinal Höfner auch reichlich düstere zivilisations- und technikkritische Stimmen aus den letzten hundert Jahren zu Wort kommen läßt, beschränkt sich die Erklärung sinnvollerweise auf positive *theologisch-spirituelle Grundlinien*. Die Stoßrichtung ist dabei jedoch unmißverständlich: Anliegen der Bischöfe ist der Vorrang des Seins, genauer des Seinlassens vor dem Haben, des Verzichts vor dem unbegrenzten Machenwollen, wobei vor allem auf die Konsequenzen dieser Haltung für das Verhältnis des Menschen zur übrigen Schöpfung abgehoben wird.

So sehr man die bewußte Konzentration auf schöpfungstheologische Grundeinsichten und auf unverzichtbare Leitlinien christlichen Weltverhaltens begrüßen muß, weil sie gewichtige und in ihren Konsequenzen weitreichende Anliegen vorzubringen erlaubt, ohne sich dabei vorschnell Argumentationsschemata oder Trends aus anderen Bereichen ausliefern zu müssen, so sehr werden aber in der Erklärung auch Probleme dieses Vorgehens deutlich. Einerseits bewegen sich die Aussagen und Anstöße z. T. so sehr im *theologisch-spirituellen Binnenraum*, daß der Übergang zu den unerläßlichen Folgerungen für gesellschaftliches und politisches Handeln schwierig wird. Die Impulse für einen neuen Lebensstil, die aus den vier Kardinaltugenden und aus den drei evangelischen Räten gewonnen werden, bleiben doch recht allgemein und damit auch unverbindlich-unentschieden. Zur spirituellen Engführung kommt schließlich eine starke Konzentration auf individuelles Verhalten, auch wenn die Erklärung ausdrücklich nicht nur dem einzelnen Anstoße vermitteln will.

Die Bischöfe sparen weitgehend die umstrittenen Einzelthemen der gegenwärtigen Diskussion über Umwelt und Wachstum aus, nicht aber das

Energieproblem. Hier war eine Stellungnahme auch kaum zu umgehen. Man wird der Erklärung bescheinigen müssen, daß sie es sich mit der Argumentation hinsichtlich des Für und Wider der friedlichen Nutzung der Kernenergie keinesfalls leicht macht. Schon vor drei Jahren hatte das Kommissariat der deutschen Bischöfe eine Stellungnahme zur Energiepolitik veröffentlicht, in der man zum Ergebnis kam: „Sollte sich ergeben, daß ohne die Nutzung der Kernenergie tatsächlich die notwendige Energieversorgung nicht mehr sichergestellt und dadurch eine schwerwiegende Beeinträchtigung individuellen und gesellschaftlichen Lebens zu befürchten wäre, so wäre trotz der Risiken eben diese Kernenergienutzung vertretbar, wenn höchstmögliche Sicherheitsvorkehrungen getroffen sind“ (vgl. HK, November 1977, S. 574). Die jetzige Erklärung verzichtet auf eine vergleichbare Formulierung und versucht die Frage über die Fixierung auf die Kernenergie hinaus auf Maximen für eine verantwortbare Energiegewinnung auszuweiten, ohne ein Ja oder Nein auszusprechen. Allerdings schließt sie die Möglichkeit nicht aus, daß „sittlich vertretbare Wege zur Bereitstellung und Nutzung von Atomenergie gefunden werden“. Die Erklärung hat den Vorteil, daß sie zwar Rahmenbedingungen für die Energieproblematik aufstellt, ohne diese gegeneinander auszuspielen, andererseits damit aber keine letzte Kompetenz der Kirche über ein Ja oder Nein beansprucht, sondern der weiteren wissenschaftlichen, technischen und politischen Diskussion Raum läßt. Sie zieht damit nicht zuletzt die Konsequenz aus ihrer eigenen Feststellung, daß alles geschichtliche Handeln Risiken nicht ausschließen könne.

Es ist zu begrüßen, daß die Bischöfe mit ihrer Umwelterklärung vor allem jeden einzelnen, aber auch Gruppen und Gemeinden zur Selbstbesinnung auffordern und dafür Stichworte aus der christlichen Tradition bereitstellen, gleichzeitig aber einen breiten Raum der konkreten Umsetzung und Anwendung offen lassen. Wahrscheinlich liegt darin wirklich die wichtigste Aufgabe der Kirchen in

diesem Problemfeld. Es bleibt abzuwarten, ob und wie die Anstöße der Erklärung unter den Gläubigen Wirkung zeigen. Schließlich ist das Dokument ja auch eine *kritische Anfrage* an das Handeln der Institution Kirche in dieser Gesellschaft. Ein Bedenken sei aber angemerkt: Gerade der Schluß-

abschnitt der Erklärung über die Eucharistie als Vermittlung zwischen göttlicher Vorgabe und menschlichem Handeln, aber auch manche Aussagen über die Schöpfung und das christliche Weltverhalten, lassen die Gefahr deutlich werden, daß die Kirche sich letztlich auf eine Position zurückziehen

könnte, die bei allen Anstößen einerseits und aller begrüßenswerten Zurückhaltung andererseits mit den realen Problemen, vor denen die Menschheit in absehbarer Zukunft steht, gar nicht mehr wirklich vermittelt werden kann. Der Heilige Franziskus als Patron des Umweltschutzes genügt nicht. U.R.

Entwicklungen

Nur halber Verlierer?

Die Unionsparteien vor und nach der Bundestagswahl

Es trifft zwar auf kein Bundesland und auf beinahe keinen Wahlkreis zu, was eine süddeutsche Zeitung im Blick auf Niedersachsen schrieb, bei dieser Bundestagswahl sei alles anders gekommen als erwartet. Aber einige, jedenfalls beim ersten Hinsehen recht widersprüchliche Besonderheiten gab es schon; und zwar vor der Wahl, durch die Wahl und nach der Wahl.

Widersprüchliche Besonderheiten

Aus dem Wahlkampf 1980 sollte nicht nur die Auseinandersetzung der großen Figuren, ein Entscheidungskampf zwischen den „beiden potentesten Politikern, über die die Bundesrepublik gegenwärtig verfügt“, werden, sondern eine „Wahl der klaren Alternativen“ und langfristigen Weichenstellungen, die in ihren Auswirkungen so bedeutsam sein würde wie keine andere Wahl seit der Gründung der Bundesrepublik. Und wer dies für eine der üblichen rituellen Wahlkampfüberrhebungen hielt, wurde von der „FAZ“ noch am 3. Oktober belehrt, an der Straußschen These, keine Wahl seit 1949 sei so wichtig gewesen wie die diesjährige, stecke wenigstens hinsichtlich ihrer wirtschaftspolitischen Bedeutung „ein Stück Wahrheit“. Doch aus dem Ringen zwischen angeblich klaren Alternativen wurde einer der langweiligsten Wahlkämpfe der Bundesrepublik, der das allgemeine politische Interesse nach Aussagen der Demoskopen eher schwächte als anregte. Die emotional-ideologischen Zuspitzungen, von denen er optisch so sehr geprägt war, wurden von den meisten Bürgern als Schaukämpfe und Spiegelfechtereien auf erkennbar niedrigem menschlichem Niveau eingestuft und trotz mancher bombastischer Klagen über den miesen Stil des Wahlkampfes nicht allzu ernst genommen. Die prognostizierte *Staats-, Politik- und Parteienverdrossenheit*, die in der Bundesrepublik immer dann beschwo-

ren wird, wenn irgendwelche grundlegenden Probleme des Gemeinwesens dem Bürger nicht so verständlich gemacht werden oder werden können, wie er es erwartet, hat in den Wahlergebnis-Daten noch keinen nachweisbaren Niederschlag gefunden. Die gegenüber 1976 um gut zwei Prozent niedrigere Wahlbeteiligung war angesichts des allgemein erwarteten Sieges der Koalitionsparteien mit 88,6 Prozent dennoch eher hoch als niedrig. Wer meinte, Protestwähler würden sich in größerer Zahl Minderheiten- bzw. Kleinstparteien zuwenden, sah sich gründlich getäuscht. Die entsprechenden, zwischen den Wahlkämpfen regelmäßig publizistisch überschätzten Gruppierungen hatten diesmal weniger Chancen denn je. Aber wer damit rechnete, die ohnehin einseitig liierte „dritte Kraft“ werde sich wegen der Konzentration der Aufmerksamkeit auf die beiden großen Gruppierungen und deren Spitzenkandidaten kaum behaupten, geschweige denn verbessern können, irrte noch gründlicher. Nicht erst die Hochrechnungen des Wahlabends, bereits die letzten Wahlprognosen der demoskopischen Institute sahen die Freien Demokraten als den „großen“ Gewinner, obwohl im Wahlkampf trotz des Genscherschen Slogans, diesmal gehe es ums Ganze, hin und wieder der Eindruck entstand, FDP finde dort gar nicht statt. Außer weltklugen Bemerkungen zur Außenpolitik, zur Marktwirtschaft und zum liberalen Rechtsstaat war bundesweit von dieser Partei denn auch nicht viel zu hören.

Trotz des angekündigten großen Kräftemessens wurde aus dem Wahlkampf, jedenfalls soweit er in der Medienöffentlichkeit geführt wurde, eine Auseinandersetzung praktisch ohne Themen und weitgehend ohne Perspektiven, sieht man von dem noch immer nicht zum Wähler durchschlagenden Thema *Staatsverschuldung* ab; es sei denn, man lasse die recht grobmustrige Auseinandersetzung über Entspannungspolitik, über die Rentenfrage oder gar die über das Hirtenwort der Bischöfe als „Themen“ gelten.